

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 10.06.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	13. Plenarsitzung Gemeinderat 27.07.2010 458 23 öffentlich
Kommunale Finanzkrise und Privatisierung		

In einer Pressemeldung warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor dem „Irrglauben“, die kommunale Finanzkrise könne mit Privatisierungen bewältigt werden.

1. Teilt die Stadtverwaltung diese Auffassung?
2. Spielen Privatisierungen städtischer Einrichtungen und Leistungen eine Rolle bei den mittel- und längerfristigen Überlegungen der Stadtverwaltung zur Haushaltskonsolidierung?
3. Wenn ja, um welche Bereiche handelt es sich?

Sachverhalt/Begründung:

Auszug aus der Pressemeldung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds vom 25. Mai 2010:

Die Kommunen stehen ‚vor der Pleite‘, weil Bund und Länder ihnen über Jahre immer neue gesetzliche Verpflichtungen - insbesondere Soziallasten - aufgebürdet haben, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen ... Privatisierungen der Kommunen helfen hier nicht. Zum einen wird das Signal „Privat vor Staat“ von den Bürgern nicht akzeptiert, weil sie größeren Strukturen misstrauen und gerade im Örtlichen einen wichtigen Stabilitätsfaktor sehen. Das ist auch gerechtfertigt. Es sind gerade die kommunalwirtschaftlichen Strukturen mit einem Umsatzerlös von 92 Mrd. Euro (2008) und über 240.000 Beschäftigten, die vor Ort die Wirtschaft wesentlich gestützt haben. Auch die überdurchschnittlich hohe Ausbildungsquote von rund 10.000 Auszubildenden im Jahr 2010 ist ein gutes Beispiel, wie die Kommunen mit

ihren wirtschaftlichen Aktivitäten jungen Menschen eine Chance eröffnen. Wichtige Zukunftsfragen, wie z. B. Elektromobilität, der Ausbau alternativer Energien und die Breitbanderschließung im ländlichen Raum werden ohne wirtschaftliches Engagement der Städte und Gemeinden kaum möglich sein. Mit einer flächendeckenden Privatisierung würden die Kommunen hier ein wichtiges Steuerungselement verlieren und könnten die wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend wahrnehmen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

16. Juli 2010